

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Dr. Andreas Karlsböck  
und weiterer Abgeordneter  
**betreffend Computertomografie (CT) oder Magnetresonanztomografie (MRT)-  
Untersuchungen für Sozialversicherte**

*eingebraucht in der 138.Sitzung des Nationalrates am 07.07.2016 im Zuge der  
Debatte über den Tagesordnungspunkt 1: Bericht des Gesundheitsausschusses  
über die Regierungsvorlage (1194 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Gesundheits-  
und Krankenpflegegesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das  
Berufsreifeprüfungsgesetz und das Ärztegesetz 1998 geändert werden (GuKG-  
Novelle 2016) (1240 d.B.)*

Seit Jahren nehmen die Probleme bei der Versorgung der Sozialversicherten  
betreffend bildgebende Untersuchungen, d.h. Computertomographie(CT) oder  
Magnetresonanztomografie (MRT) zu. Nun ist sehr spät, aber doch sogar das  
Gesundheitsministerium aufgewacht, und möchte hier eine Änderung im Sinne einer  
besseren und rascheren Versorgung sicherstellen.

**Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SPÖ) will "Klarheit noch vor dem  
Sommer". Andernfalls werde sie gesetzlich eingreifen.**

28.06.2016 | 18:27 | (Die Presse)

*Wien. Selbst bei Krebsverdacht dauert es bis zu zwei Monate, bis eine bildgebende  
Untersuchung, Computertomografie (CT) oder Magnetresonanztomografie (MRT)  
durchgeführt werden kann. Nachdem die Krebshilfe im Ö1-„Morgenjournal“ Alarm  
geschlagen hatte, erhält sie nun Unterstützung. „Das geht nicht, dass Menschen, bei  
denen eine tödliche Diagnose droht, warten müssen, bis sie nicht mehr zu heilen  
sind“, sagt der Sektionschef im Gesundheitsministerium, Gerhard Aigner, „die Politik  
muss da dreinfahren“. Hintergrund für die langen Wartezeiten ist ein Streit zwischen  
den MR- und CT-Instituten und dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger,  
der sich schon seit Jahren hinzieht. Die Ärztevertreter argumentieren mit  
Deckelungen durch die Kassen, die nur eine bestimmte Anzahl an Untersuchungen  
pro Quartal zahlen. Ist diese nach einem bestimmten Zeitraum erreicht, wollen Ärzte  
keine Kassenpatienten mehr übernehmen. Die Sozialversicherung pocht hingegen  
auf die Leistungspflicht der Mediziner.*

**„Völlig inakzeptabel“**

*Die Volksanwaltschaft fordert vom Gesundheitsministerium eine gesetzliche Lösung.  
Und angesichts der neuerlichen Debatte macht nun auch Gesundheitsministerin  
Sabine Oberhauser (SPÖ) Druck: Zwischen Wirtschaftskammer und  
Sozialversicherung müsse es „jetzt vor dem Sommer“ Klarheit über das weitere  
Vorgehen geben, andernfalls werde sie gesetzlich eingreifen, warnte Oberhauser am*



